

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), begrüßt die Forderung der IG Metall nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie: Verantwortlich gehandelt. Seite 1

Helmut Sieglerschmidt kritisiert die Maßregelung eines Bundeswehr-Majors, der sich eigene Gedanken zum Volkstrauertag gemacht hat: Deutsche Schuld vierzig Jahre danach... Seite 2

Hans-Ulrich Klose MdB macht auf das Schicksal des von Indonesien besetzten Ost-Timor aufmerksam: Eine Insel unter Arrest. Seite 4

40. Jahrgang / 55

20. März 1985

Verantwortlich gehandelt

Die IG Metall arbeitet - Kohls Regierung tut nichts

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Industriegewerkschaft Metall hat auf ihrer gestrigen Stahlkonferenz bewiesen, daß sie sich in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung eingebunden sieht und verantwortlich zu handeln bereit ist. Die Arbeitnehmer in der SPD haben mit Befriedigung registriert, daß die größte Einzelgewerkschaft der westlichen Welt ohne Scheuklappen und ohne ordnungspolitische Bauchschmerzen daran geht, der Stahlindustrie wieder eine Perspektive zu geben.

Die IG Metall macht ihre "Hausaufgaben", sie handelt, während die Bundesregierung die Hände in den Schoß legt und durch die Untätigkeit die Zukunft der Stahlarbeiter gefährdet. Zu Recht hat die IG Metall herausgehoben, daß die Bundesrepublik beim Stahl in Europa eine privatwirtschaftliche Insel darstellt. Bleibt alles wie es ist, geht die deutsche Stahlindustrie den Bach herunter. Das ist die Botschaft der Stahlkonferenz.

Die Sozialdemokraten sind bereit, sich an einer Struktur-Diskussion für die Stahlindustrie rege zu beteiligen, sie warten auf diese Diskussion. Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch - einschließlich der Änderung der Verantwortlichkeiten in den Stahlunternehmen, falls andere Lösungen keinen Erfolg versprechen.

Im übrigen können wir den Bundeswirtschaftsminister nur warnen, Hilfen für die Stahlindustrie von den Eigentumsverhältnissen abhängig zu machen. Das ist Erpressung. Der Wirtschaftsminister wird bei uns auf Granit beißen, wenn er die Stahlkrise durch eine ordoliberalen Politik der "verbrannten Erde" zu regeln versucht. (-/20.3.1985/rs/ks)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Deutsche Schuld vierzig Jahre danach ...

Und was der Führungsstab des Heeres dazu zu sagen hat

Von Hellmut Sieglerschmidt

"Das Denken überlassen Sie besser den Pferden, die haben größere Köpfe", so lautet in der deutschen Wehrmacht vor vierzig Jahren und früher die Antwort, wenn ein Soldat sich wegen einer getadelten Handlung mit einem Satz rechtfertigen wollte, der durch die Wörter "ich dachte" eingeleitet wurde. Offenbar gilt dieser Grundsatz der Inneren Führung aus großdeutscher Zeit unverändert auch heute noch im Führungsstab des Heeres beim Bundesminister der Verteidigung.

In der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 17. November 1984 wurde nämlich der Artikel eines Majors der Bundeswehr veröffentlicht, der die verdächtige Überschrift "Gedanken zum Volkstrauertag" trug. Das hätte er nicht tun sollen. Denn die in den "Gedanken zum Volkstrauertag" geäußerte Auffassung wurde in einem Schreiben des Führungsstabes des Heeres im Bundesministerium der Verteidigung vom 25. Februar 1985 als "einseitig und stillos" abgekanzelt und "zurückgewiesen". Er hätte wohl auch das Nachdenken über den Volkstrauertag besser den Pferden überlassen sollen.

Wie kam es zu dieser Tragikomödie? Hier ist zunächst eine kurze Darstellung des Sachverhalts erforderlich. In seinen Ausführungen hatte der Major darauf hingewiesen, daß in den Feierstunden auch solcher Gefallener gedacht werde, die "schuldig wurden ..., weil sie bedingungslos gehorchend die Kriege ihrer Führer nicht nur erst ermöglichten, sondern deren Ende durch bedingungslosen Gehorsam hinauszögerten". Er hatte kritisch die Frage gestellt, wer der Toten auf Seiten unserer Kriegsgegner und der Opfer der NS-Gewaltherrschaft gedenke. Solange man sie nicht in unsere Trauer einbeziehe, bleibe der Volkstrauertag "ein Ritual geschichtsloser Ignoranten - eine Schau ewiggestriger und gedankenloser Nachplapperer. ... Ein Volkstrauertag hat nur dann Sinn, wenn wir auch darüber trauern, daß die Menschheit nach wie vor Kriege als Lösung für ihre Probleme betrachtet" und "daß Millionen in der sogenannten Dritten Welt elendiglich vor Hunger krepieren. Solange wir zu dieser Trauer nicht fähig, nicht bereit sind, solange sollte man den Volkstrauertag aus dem Kalender streichen".

Die zitierten Gedanken zum Volkstrauertag sind ein Zeugnis hoher moralischer Betroffenheit, das umso bemerkenswerter ist, als es von einem Offizier der Bundeswehr stammt. Von dieser Betroffenheit sind die Ausführungen auch stilistisch geprägt. So hätte im Zusammenhang mit den schuldig gewordenen Gefallenen verdeutlicht werden sollen, daß damit nicht Soldaten, die ihre Pflicht erfüllten, gemeint sind, sondern jene Kriegerverlängerer und Scharfmacher vor allem unter den Generalen und anderen verantwortlichen Offizieren, die den Teilnehmern am Zweiten Weltkrieg noch in schlechtester Erinnerung sind. Aktuelles Beispiel ist hier übrigens nach der filmischen Dokumentation Lothar Buchheims zum U-Boot-Krieg der Großadmiral Dönitz. Hinsichtlich der rethorischen Frage, wer bei uns der Toten auf Seiten unserer Kriegsgegner und der Opfer der NS-Gewaltherrschaft gedenke, wäre zu erwähnen gewesen, daß dies zwar keineswegs überall - und vielfach auch mehr als beiläufige Pflichtübung - geschieht, bei den großen repräsentativen Feierstunden in Bonn und Berlin etwa jedoch durchaus in würdiger und angemessener Weise.



Die vorstehenden Anmerkungen rechtfertigen indessen keineswegs die Reaktionen des Verbandes der Heimkehrer und des Führungsstabes des Heeres. Daß der Artikel bei einer Kreisorganisation jenes Verbandes zu "heftigen Protesten" geführt hat, mag noch verständlich sein, wenn man das Klima bei solchen Veteranentreffen in Rechnung stellt. Daß aber der Präsident dieses Verbandes nicht zunächst die Aussprache mit dem "Kameraden" Major gesucht hat, sondern die Sache vor den Bundesminister der Verteidigung mit der Bitte um Stellungnahme brachte, "ob und was in dieser Sache unternommen worden ist", erscheint wohl weniger aus kameradschaftlicher Einstellung als mit der Absicht des Anschwärzens - um nicht zu sagen der Denunziation - geschehen zu sein. Eine Zumutung stellt jedoch die Reaktion des Führungsstabes des Heeres dar, von der man nur hoffen kann, daß sie ausschließlich die Meinung des Verfassers des Schreibens, nicht aber seiner Vorgesetzten oder gar des Bundesministers für Verteidigung wiedergibt.

Da wird zunächst erst einmal pauschal festgestellt: "Der Führungsstab des Heeres teilt nicht die Auffassung, die Major Berger in seinem Beitrag zum Volkstrauertag 1984 ... geäußert hat." Welche Auffassung wird nicht geteilt? Etwa daß die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in das Gedenken zum Volkstrauertag einzubeziehen sind? Das kann ja wohl nicht gemeint sein. Warum also dann die pauschale Verdammung? Den Beitrag des Majors als einseitig zu bewerten, mag ja noch hingehen; Engagement ist immer mehr oder weniger einseitig. Aber als "stilllos" und zurückzuweisen? Was soll schließlich die vom anfragenden Verband nicht erbetene Untersuchung, ob der Major durch seine Äußerungen seine Dienstpflichten verletzt habe? Man hat fast den Eindruck, daß der Verfasser des Schreibens es bedauert, diesen Kerl nicht an die Kandare nehmen zu können, weil es nun einmal diesen Artikel 5 des Grundgesetzes mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und eine einschlägige höchstrichterliche Rechtsprechung dazu gibt. Ob der Major aber gänzlich unbehelligt geblieben ist und bleiben wird?

Gar zu gern wüßte man auch, in welchen Punkten die von dem Major geäußerten "Meinungen" "von der Auffassung der Bundesregierung abweichen". Es wäre verdienstvoll, wenn sich ein Bundestagsabgeordneter finden würde, der diese Frage der Bundesregierung stellt. Das Ganze scheint mir als jemandem, der im Zweiten Weltkrieg fast fünf Jahre Soldat gewesen ist und etwa 40 Jahre vor dem Volkstrauertag 1984 als "wehrunwürdig" aus der Wehrmacht entlassen wurde, geradezu ein Lehrstück zu dem bevorstehenden Gedenktag des 8. Mai zu sein. "Denk' ich an Deutschland in der Nacht werd' ich um meinen Schlaf gebracht." Dieser Jude Heinrich Heine wollte eben auch das Denken nicht den Pferden überlassen, Gottseidank!

(-/20.3.1985/rs/ks)

+ + +



Eine Insel unter Arrest

Die ehemalige portugiesische Kolonie Ost-Timor ist heute dem Terror Indonesiens ausgesetzt

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Ost-Timor, ehemals portugiesische Kolonie, wurde 1975 von indonesischen Truppen besetzt und als 27. Provinz der Republik Indonesien angegliedert. Gegen diese Annexion und für die Unabhängigkeit Ost-Timors kämpft seit nunmehr zehn Jahren die Fretilin, eine Guerilla-Organisation, von der es heißt, sie werde von Marxisten gesteuert. Eine deutsche Parlamentariergruppe hatte kürzlich Gelegenheit, diese, im allgemeinen für auswärtige Besucher gesperrte Insel zu besuchen. Der folgende Beitrag basiert auf diesem Besuch vor Ort.

Die Portugiesen haben den Timoresen nicht eben viel hinterlassen: eine schlecht entwickelte Plantagenwirtschaft, einige jetzt zerfallene Befestigungsanlagen, den portugiesisch erzogenen katholischen Klerus und eine Ansammlung von Waffen, die überwiegend in die Hand der Fretilin gerieten. Wahrlich kein erbauliches Erbe.

Dennoch trägt Portugal eine Erblast, weil es laut Verfassung verpflichtet ist, sich für das Selbstbestimmungsrecht der Ost-Timoresen einzusetzen. Der Generalsekretär der UNO hat sich eingeschaltet. Angestrebt wird eine Vereinbarung zwischen Indonesien und Portugal, die alles so läßt, wie es ist, den Portugiesen aber hilft, ihr Gesicht zu wahren. Das völkerrechtliche Problem Ost-Timor wäre damit erledigt und brauchte die UNO nicht weiter zu beschäftigen.

Oder doch? Monsignore Belo, Bischof in Dili, schrieb vor einem Jahr seinem Vorgänger im Amt, der jetzt in Lissabon lebt, einen Brief, in dem er die Situation auf Ost-Timor schildert: Die Menschen "leiden an Krankheiten, Hunger, Unfreiheit und Verfolgung". Und an anderer Stelle bittet er, an die freie Welt zu appellieren, "die Augen zu öffnen für die Barbareien, deren die Indonesier fähig sind".

Monsignore Belo hat die Aussagen dieses Briefes später (man darf vermuten: unter Druck) abgeschwächt. In dem Gespräch mit den Vertretern des Deutschen Bundestages, die als erste Parlamentariergruppe Westeuropas nach Ost-Timor einreisen durfte, wiederholt er sie dagegen ausdrücklich und bestätigt, was er in seinem Brief als Klage formuliert hat: Die Timoresen würden von ihren indonesischen "Brüdern" an die Wand gedrückt und von den Sicherheitskräften bedrängt und unterdrückt. Das im Jahresbericht 1984 von amnesty international erwähnte Massaker von 200 Menschen in dem Dorf Kraras im Distrikt Viqueque (Herbst 1983) habe tatsächlich stattgefunden. Zwar sei er nicht unmittelbar dabeigewesen; er habe aber Berichte gehört und selbst die blutigen Kleider der Getöteten gesehen.

Der Gouverneur der 27. indonesischen Provinz Ost-Timor, Mario Viegas Carrascalao (der ausnahmsweise kein General ist), bestätigt diese Aussage auf seine Weise: Es habe nach dem Überfall der Fretilin vom 16. August 1983 auf (angeblich) unbewaffnete indonesische Soldaten Auseinandersetzungen in Viqueque gegeben, dabei seien viele Menschen getötet worden.

Überhaupt ergeben sich bei den Aussagen zwischen Bischof und Gouverneur bemerkenswerte Übereinstimmungen: Der Gouverneur, ein europäisch erzogener Timorese, Groß-



grundbesitzer auf Ost-Timor, weiß nicht, wie die Bevölkerung Ost-Timors heute ("wenn sie frei entscheiden könnte") über den Anschluß an Indonesien denkt: Die ältere Generation würde sich ("vermutlich") mehrheitlich dagegen, die jüngere Generation überwiegend dafür aussprechen. Diese Aussage steht in einem auffälligen Widerspruch zu offiziellen Erklärungen der indonesischen Regierung, wonach die Bevölkerung von Ost-Timor durch die sogenannte Balibo-Proklamation vom 30. November 1975 für Indonesien votiert und damit ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt habe.

Wie viele Menschen sind seit 1975 in Ost-Timor getötet worden? Diese Frage beschäftigt internationale Organisationen immer wieder. Die Schätzungen schwanken zwischen einigen Zehntausend und rund Zweihunderttausend. Der Gouverneur spricht von 40.000 Menschen, die während der Auseinandersetzungen getötet worden sind. Diese Zahl erscheint mir grob untertrieben. Dafür zwei Belege, die sich bei dem Besuch in Ost-Timor ergeben haben:

- Die Bevölkerung Ost-Timors wird für 1975 im allgemeinen mit 650.000 angegeben. Angesichts des schnellen Bevölkerungswachstums hätte sich diese Zahl bis heute auf mindestens 740.000 erhöhen müssen. Tatsächlich leben in Ost-Timor heute (einem Artikel in der "Jakarta-Post" vom 16. Februar 1985 zufolge) nur noch 587.700 Menschen. Das ergibt eine Differenz von rund 150.000.
- In dem östlich von Dili gelegenen Distrikt Liquica leben heute 34.000 Menschen. 1975 waren es, wie uns der Vorsitzende des örtlichen Distriktsrates erklärte - 46.000. Es müßten heute über 50.000 sein. Was ist mit den anderen geschehen? Der Chef der Distrikts antwortet spontan: Die sind in den "Auseinandersetzungen" (es wird immer nur von Auseinandersetzungen gesprochen) getötet worden. An dieser Stelle schalten sich die aus Java stammenden Chefs für Sicherheit und Justiz ein: Einige Familien seien durch eine Distriktsreform einem anderen Distrikt zugeschlagen worden; andere wären nach Dili gezogen. Das mag sein. Es bleibt dennoch eine Differenz von mindestens 13.000 und das in einem (nicht sonderlich heftig umkämpften) von insgesamt 13 Distrikten auf Ost-Timor.

Wie sieht es heute auf Ost-Timor aus? Die Indonesier - das ist zuzugeben - versuchen die materiellen Lebensbedingungen auf der Insel zu verbessern: Straßen werden gebaut; es gibt ein noch weiter zu entwickelndes Schulsystem. Die meisten Lehrer kommen aus Java; es werden aber auch Timoresen als Lehrer ausgebildet. Die Gesundheitsversorgung ist heute besser als noch vor wenigen Jahren.

Wenn dennoch nahezu 50 Prozent der Bevölkerung von Krankheiten (Malaria, Influenza, Diarrhöe, Hautkrankheiten und Tuberkulose) betroffen sind (so der erwähnte Artikel in der "Jakarta-Post"), so liegt das in erster Linie an der noch immer mangelhaften Ernährung, die allerdings heute erheblich besser ist als in den ersten Jahren nach der Invasion. Damals sollen tausende Menschen in Ost-Timor schlicht verhungert sein.

Verbessert hat sich auch die Lage in den Schutzhaftlagern. Die Behörden haben uns (warum, ist mir bis heute nicht klar) erlaubt, das Lager auf der Dili vorgelagerten Insel Atauro zu besuchen. Dort lebten noch vor drei Jahren über 4.000 Gefangene; heute sind es noch genau 1.266: Kinder, Männer, Frauen, Alte und Junge - der älteste Bewohner, mit dem wir gesprochen haben, war 80 Jahre alt und lebte seit vier Jahren im Lager.



Warum die Leute dorthin gebracht werden? Weil sie Angehörige "in den Bergen" haben, bei der Fretilin. Das genügt, um sie in Schutzhaft zu nehmen (der Gouverneur spricht von notwendiger Isolierung). Sippenhaft in klassischer Form.

Die materiellen Bedingungen im Lager sind - Dank der Hilfe des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, das dort (wieder) Zugang hat, heute erträglich. Die psychische Situation für die Bewohner ist dagegen absolut unerträglich: Die Menschen leben dort seit zwei bis fünf Jahren. Sie tun nichts, sie wissen nichts. Kein Behördenvertreter (von den Militärs ganz abgesehen) gibt ihnen Auskunft, was in Zukunft mit ihnen geschehen soll, ob und, wenn ja, wann sie in ihre Dörfer zurückkehren dürfen. Dürfen sie überhaupt? Der Gouverneur sagt ja; der zivile Lagerbeamte auf Atauro spricht demgegenüber von "neuen" Dörfern, sogenannten Resettlements, wo die Gefangenen auch in Zukunft unter Kontrolle gehalten werden.

Überhaupt wirkt die ganze Insel wie unter Arrest. Die Menschen dort lächeln nicht (im Gegensatz zu Java, wo ständig und unterschiedslos gelächelt wird). Hier auf Ost-Timor sehen die Menschen hart, verbittert, feindselig, stumpf aus. Ein ganz anderer Menschenschlag, sagt unser offizieller Begleiter. Eine ganz andere Situation, hätte er wahrheitsgemäß hinzufügen müssen.

Berichte, daß die Fretilin in den letzten Jahren an Unterstützung in der Bevölkerung gewonnen hat, erscheinen mir nicht unwahrscheinlich, zumal die Übergriffe der Sicherheitskräfte ganz offenbar weitergehen, seit 1983 sogar zugenommen haben. Nicht nur der Bischof bestätigt das, auch der Gouverneur - wiederum auf seine Weise. Wie er sich Berichte über Folterungen und "extralegale Tötungen" auf Ost-Timor erklärte, frage ich ihn. Antwort (wörtlich): "Es gibt sie." Aber, so fügt er hinzu, sie seien nicht offiziell angeordnet und werden auch nicht geduldet. Er selber habe Untersuchungen angeordnet. Mit welchem Ergebnis, darüber erfahren wir nichts.

Wie es weitergehen soll? Die Fretilin, die seit zehn Jahren ohne Unterstützung von außen kämpft - der Gouverneur bestätigt das - wird weiterkämpfen, es sei denn, daß die indonesische Regierung sich zu einer anderen Politik, zur garantierten Beachtung der Menschenrechte und zu einer umfassenden Amnestie entschließt und diese geänderte Politik praktisch durchhält. Dazu genügen Worte nicht. Nötig sind Strukturen, die Kontrollen möglich machen. Im Klartext: der gute Wille der indonesischen Regierung, Ost-Timor zu befrieden (mit anderen als militärischen Mitteln) wird sich erweisen an ihrer Bereitschaft, die Insel für internationale Organisationen, Menschenrechtsgruppen und Journalisten zu öffnen. Solange dies nicht geschieht, solange die Insel unter Arrest bleibt, ist äußerstes Mißtrauen begründet. (-/20.3.1985/rs/ks)

+ + +

